

## "Europa muss sich widersetzen"



© AP

Pax Americana oder Rückfall in die nationalistischen Tendenzen Europas im Zeitalter des Imperialismus?

Die Weltmacht USA instrumentalisiert nach Ansicht renommierter deutschsprachiger Historiker den Irakkonflikt zum Ausbau ihrer globalen Vormachtstellung. Es gehe Washington nicht nur um die vermuteten Massenvernichtungswaffen des Irak, den Sturz Saddam Husseins und die Erdölreserven in Nahost, hieß es bei einer dpa- Umfrage zu den strategischen Zielen der USA. Washington nehme für sich in Anspruch, «als einzige Nation der Welt gegebenenfalls auch ohne Mandat der UN und auf bloßen Verdacht hin gegen "Schurkenstaaten" loszuschlagen», sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler. Er kritisierte dies als «Revolutionierung des Völkerrechts».

Winkler und die Historiker Hans-Ulrich Wehler, Hans Mommsen, Jörg Fisch, Michael Wolffsohn, Detlef Junker und Lothar Gall antworteten auf die Frage: «Weltinnenpolitik oder Rückfall in den Imperialismus - was sind aus historischer Sicht die strategischen Ziel der Weltmacht USA für ihren angedrohten Militärschlag gegen den Irak?»

Winkler verwies auf die am 20. September 2002 von US-Präsident Georg W. Bush verkündete «Nationale Sicherheitsstrategie» und forderte: «Europa muss sich im Namen der westlichen Rechtstradition einer solchen Präventivkriegsdoktrin widersetzen.» Nach Einschätzung Wehlers (Bielefeld) sei der Irakkonflikt ein Versuch, «die Fähigkeit zur erdrückenden Intervention aller Welt zu beweisen». Planung, Mentalität und Machtmittel der US-Außenpolitik reichten weit über den klassischen Imperialismus hinaus: «Tatsächlich geht es um eine Weltinnenpolitik, die völlig im Schatten der "Pax Americana" steht.»

### "Nach außen gerichteter Nationalismus"

Spätestens seit den 1970er Jahren gibt es nach Meinung von Hans Mommsen (Feldafing) in den USA einen auch nach außen gerichteten Nationalismus. Nach dem 11. September 2001 würden völkerrechtliche Grundsätze und internationale Institutionen den Eigeninteressen der Weltmacht untergeordnet. «Es handelt sich somit um einen Rückfall in die nationalistischen Tendenzen Europas im Zeitalter des Imperialismus, und dem entspricht, dass massive wirtschaftliche und nicht bloß Sicherheitsinteressen die US-Außenpolitik bestimmen.» Dem widersprach Wolffsohn (München): «Historische Vergleiche sind völlig unangebracht.» In erster Linie gehe es den USA um die irakischen Massenvernichtungswaffen und nicht um Öl.

Der Amerikanist Junker (Heidelberg) erkennt im Vorgehen der Bush- Regierung eine Mischung aus Machtpolitik und demokratischer Mission. Der Sturz des Diktators, der Kampf

gegen die Massenvernichtungswaffen sowie die Kontrolle über die Ölfelder werde verbunden mit der Hoffnung auf eine Demokratisierung des Irak.

Eine ähnliche Kombination von Motiven nannte Gall (Frankfurt). Durchgehende Linie der US-Außenpolitik sei immer gewesen, vor allem die Länder der Dritten Welt dem internationalen Handel zu öffnen und gleichzeitig die nach eigenen Erfahrungen «für unabdingbar gehaltenen Bedingungen» einzupflanzen. Diese Politik sei aber auch immer der Versuch gewesen, die betreffende Region in ein von Washington dominiertes «informal empire» einzubeziehen, «also ein informeller Imperialismus, wie ihn beispielsweise England im 19. Jahrhundert gegenüber den Staaten Südamerikas betrieb».

### **Kritik an «Kriegsbesessenheit»**

Wehler kritisierte, «die Kriegsbesessenheit» in den USA erdrücke eine vernünftige Diskussion über die Folgen. Ein Krieg gefährde die Stabilität der gesamten Region, könne muslimischen Fundamentalismus fördern und möglicherweise die Weltkonjunktur zerstören. Winkler nannte die amerikanischen Nachkriegsplanungen für den Irak «Ausdruck von ahistorischem Wunschdenken und nicht von verantwortungsbewusster Realpolitik».

Fisch (Zürich) warnte vor einer Destabilisierung der gesamten Region. Nicht erst der Krieg, sondern schon der Truppenaufmarsch solle «die Welthegeemonie der USA festigen, indem er möglichst alle wichtigeren Staaten dazu bringt, die USA vorbehaltlos zu unterstützen.»

Junker sieht Bush in einer ausweglosen Situation. Er könne schwer umkehren: «Inzwischen hat Präsident Bush überdies außen- und innenpolitisch sein Prestige an den Sturz des Diktators gebunden.» Der US-Präsident missachte eine Regel amerikanischer Pioniere: «Zieh nie den Colt, wenn du nicht schießen willst.»